

München, 18.07.2019

Tierschutz-Skandal im Unterallgäu: SPD-Anfragen zeigen extrem hohe Kälbersterblichkeit

Tierschutz- und Verbraucherschutzexperten sind entsetzt: Völlig unbegreiflich, dass die Behörden nichts unternommen haben - Kontrollstrukturen funktionieren offenbar nicht

In der riesigen Milchvieh-Massentierhaltung im Allgäu, bei der jüngst ein Tierquälereiskandal aufgedeckt wurde, hat es in den vergangenen zwei Jahren eine sehr hohe Kälbersterblichkeit gegeben. Das hat eine Anfrage der BayernSPD-Landtagsfraktion an die Staatsregierung ergeben. Dazu die SPD-Tierschutz-Expertin **Martina Fehlner**: „2017 und 2018 sind dort rund ein Viertel aller Kälber verendet. Es liegt nahe, dass hier etwas nicht in Ordnung ist. Warum die Kontrollbehörden hier nicht frühzeitig eingegriffen haben, ist völlig unverständlich. Hier hätte man unbedingt früher reagieren müssen.“

Der SPD-Verbraucherschutzexperte **Florian von Brunn** kritisiert scharf, dass das Landratsamt Unterallgäu bei den Kontrollen in den letzten fünf Jahren offenbar nie durch die Spezialeinheit beziehungsweise das Landesinstitut Tiergesundheit des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit unterstützt worden ist: „Das ist für mich bei so einer riesigen Massentierhaltung überhaupt nicht nachvollziehbar! Das Landratsamt hat dann erst im Januar 2019 eine Überlastungsanzeige an die Regierung von Schwaben gestellt hat, die allerdings vier Monate liegengelassen worden ist. Das zeigt doch ganz klar: Im Tierschutzbereich funktionieren die Kontrollstrukturen hinten und vorne nicht! die neue Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (KBLV) muss endlich auch landwirtschaftliche Großbetriebe kontrollieren!“

Die SPD-Landwirtschaftssprecherin **Ruth Müller** findet es mehr als auffällig, dass um das Datum des Bekanntwerdens von dem Betrieb zahlreiche Tiere verkauft und geschlachtet worden sind: „Es hat schon ein besonderes Gschmäckle, dass noch 172 Tiere verkauft und 82 Tiere geschlachtet wurden. Es muss ganz genau untersucht werden, ob so versucht wurde, Schadensbegrenzung zu betreiben und Spuren zu verwischen!“ Insgesamt wurden zwischen dem 17. Juni und 12. Juli 125 Tiere verkauft und 293 Tiere zur Schlachtung verbracht. Dass angesichts der im Raum stehenden Vorwürfe keine Auffälligkeiten festgestellt worden sein sollen, ist schwer nachvollziehbar, stellt Müller fest.